

V0203/21

Mehr Aufmerksamkeit für den Mobilfunk
-Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 04.03.2021-

Stadtrat vom 11.05.2021

Der Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe V0203/21 und der Antrag der Verwaltung V0287/21 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Over begrüßt die Befürwortung des Antrages der ÖDP-Stadtratsgruppe, den „Runden Tisch Mobilfunk“ wieder aufleben zu lassen und einen Mobilfunkbeauftragten zu installieren. Er stelle allerdings fest, dass die von ihm schon mehrfach eingeforderte breite Unterstützung recht zögerlich aufkomme. Einige kritische Äußerungen zu den Gefahren des Mobilfunks und auch Zuspruch habe es gegeben, aber bei der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen stehe davon auch nichts im Kommunalwahlprogramm. Prof. Dr. Rosenfeld spreche in seinem Bericht über das Forschungsprojekt 5 G/ing unter anderem von der Planung und Durchführung von Öffentlichkeitsarbeit, so Stadtrat Over. Er erinnert an eine Informationsveranstaltung zu 5 G, die am 02.12.2020 mit 70 bis 90 Personen unter der Bezeichnung Bürgerinformationsveranstaltung stattgefunden habe. An der Online-Umfrage der IFG hätten sich 1.200 Menschen beteiligt, der überwiegende Teil davon habe sich darüber beklagt, dass er sich gar nicht oder zu wenig informiert fühle. Seit über zwei Jahren habe man ein 5 G-Testfeld vor der Türe und gebe dafür Geld aus. Stadtrat Over fordert, in Nachcorona-Zeiten die Bürgerinnen und Bürger umfassend über das Projekt zu informieren. Wie kreativ man dabei sein könne, zeige die Fa. Audi. Bei der Landesgartenschau könne ein autonom einparkendes Fahrzeug besichtigt werden. Bei aller Wertschätzung stellt Stadtrat Over fest, dass nicht nur Lastenräder mit 100.000 EUR gefördert würden, sondern im Haushalt 2022 mit 220.000 EUR auch Autos, die ohne Fahrer von der Autobahnanschlussstelle Süd ins Audi-Gelände fahren. Es gehe ihm also nicht um ein Verbot von 5 G, da sei man zwei Jahre zu spät dran, sondern um eine umfassende, aufmerksame und kritische Begleitung dieses Themas. Diskussionsbedarf bestehe bei der Verortung des Mobilfunkbeauftragten fest beim Umweltamt und nicht bei der IFG. Die jährliche Berichtspflicht scheint aus Sicht von Stadtrat Over nicht zu teuer und auch nicht zu häufig. Er bittet um Zustimmung zu dem Antrag und auch dafür, dass dieser von allen mit Leben gefüllt werde.

Stadtrat Höbusch stellt klar, dass das Thema auf Bundes- und auf Landesebene gehöre und dort in den Programmen der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu finden sei. Auf kommunaler Ebene habe man sehr geringe Einflussmöglichkeiten. Deshalb werde der „Runde Tisch Mobilfunk“ begrüßt. Seine damit verbundene Bitte sei es, dass die noch einzurichtende Stabsstelle die von Stadtrat Over angesprochenen gesundheitlichen Auswirkungen im Auge behalte und dies in der Kommunikation mit den Betreibern auch entsprechend einfließe. Das Thema sei natürlich auf dem Radar der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Deutungshoheit bleibe aber nicht bei Stadtrat Over.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag der Verwaltung genehmigt.